

Entschließungsantrag
der Fraktion der PDS

**zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung
zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni 1999 in Köln
und zum Stand der Friedensbemühungen im Kosovo-Konflikt**

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag lehnt die Entsendung weiterer Einheiten der Bundeswehr in die Krisenregion Balkan ab.

II.

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

- a) sich im Rahmen der NATO für eine sofortige Einstellung der NATO-Luftangriffe einzusetzen;
- b) die Beteiligung der Bundeswehr an den Kriegshandlungen der NATO sofort einzustellen und die bisher entsandten deutschen Kontingente abzuziehen.

Bonn, den 7. Juni 1999

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die NATO hat den Krieg gegen die Bundesregierung Jugoslawien begonnen mit dem Ziel, eine drohende „humanitäre Katastrophe“ abzuwenden. In Wirklichkeit hat sich die Zahl der Toten, Verletzten und Flüchtlinge bedeutend erhöht. Das erschwert nicht nur das ohnehin schon mühsame Zustandekommen eines politischen Verhandlungsprozesses zur Lösung des Kosovo-Konflikts, sondern vor allem das künftige Zusammenleben, das – angesichts allen Blutes, das geflossen ist, und aller Ungerechtigkeiten, die

man einander zugefügt hat – ohnehin schwierig werden wird. Dafür trägt nicht nur Milosevic, sondern auch die NATO Verantwortung.

Das Scheitern von Rambouillet hat gezeigt, daß Verhandlungen im Wege eines einseitigen Diktats nicht zu dauerhaften Verträgen führen, die tragfähige Kompromisse für den Frieden enthalten. Für den Krieg konnte die NATO die VN und ihren Sicherheitsrat völkerrechtswidrig ignorieren, für den Frieden ist man auf die Vereinten Nationen, auf Rußland und China, auf Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien angewiesen.

Es geht um den sofortigen Ausstieg aus dem NATO-Krieg, um ein Ende der Vertreibungs- und Repressionspolitik gegenüber den Kosovo-Albanern als Voraussetzungen für eine echte politische Lösung des Konflikts. Dem dient die geplante weitere Aufstockung des Bundeswehrrkontingents im Krisengebiet, für die jegliche völkerrechtliche wie verfassungsmäßige Grundlage fehlt, nicht. Sie birgt vielmehr die Gefahr einer neuen Eskalation. Wenn sich jetzt eine Chance auf einen baldigen Frieden und ein Ende des Mordens und Leidens unzähliger ziviler Opfer aller Bevölkerungsgruppen Jugoslawiens eröffnet, ist es unverantwortlich, weitere deutsche Soldaten in die Krisenregion zu entsenden.